



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2023;
hier: Energiewende III – Zuschüsse für laufende Zwecke für Maßnahmen zur
Energiewende
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 05 wird der Ansatz im Tit. 683 77 (Zuschüsse für laufende Zwecke für Maßnahmen zur Energiewende) von 700,0 Tsd. Euro um 700,0 Tsd. Euro auf 0 Euro herabgesetzt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2023 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Die Energiewende führt zu einer Verschlechterung der bayerischen Energieversorgungssicherheit. Insgesamt wurden seit 2011 in Deutschland 8 sichere Kernkraftwerke und über 19 moderne Kohlekraftwerksblöcke vom Netz genommen.

Im Jahr 2020 betrug die Grundlast in Bayern noch mit beiden Kernkraftwerken (Gundremmingen C und Isar II) 14,6 GW. Durch den Atomausstieg (nach April 2023) sinkt die bayerische Grundlast auf 11,9 GW (eine Lastunterdeckung von 8 bis 21 Prozent) und bei Gasknappheit auf 7,3 GW (eine Lastunterdeckung von 44 bis 51 Prozent).

Aufgrund der Zunahme des Anteils von Solar- und Windenergie im Strommix, und der damit verbundenen Volatilität der Einspeisung, haben sich in den letzten 10 Jahren die deutschlandweiten Kosten für Netzstabilisierungsmaßnahmen mehr als verzehnfacht – von 215 Mio. Euro im Jahr 2013 auf 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2021.

Im Jahr 2020 haben 150 km² Photovoltaikanlagen nur 13 TWh Strom geliefert (bei einer inst. Leistung von 14,5 GW). Insgesamt hat die Photovoltaik in Bayern im Jahr 2020 nur zu 9 Prozent des Jahres Strom geliefert, die Windkraft nur 21 Prozent. Kernkraft dagegen zu 89 Prozent. Im Jahr 2020 haben 1 269 Windkraftanlagen nur 4,9 TWh Strom geliefert (bei einer inst. Leistung von 2,5 GW). D. h., um nur 1 Kernkraftwerk zu ersetzen müsste man 2 850 neue Windräder bauen.

Der Strompreis für Haushaltskunden ist zwischen 2019 und Dezember 2022 von 30 auf 40 Cent/KWh gestiegen, für die Industrie von 18 auf 55 Cent/KWh. Jedoch bereits 2019 hatte Deutschland die höchsten Strompreise der Welt.

Als Resultat hat sich die Energiearmut (wenn ein Haushalt mehr als 10 Prozent des Nettoeinkommens für Energie ausgeben muss) in Deutschland von 2020 auf 2022 von 14 auf 25 Prozent der Haushalte verdoppelt.